V. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St.Gallen

Erlassen am 3. Juni 2015

Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 21. Oktober 2014¹ Kenntnis genommen und

erlässt

als Gesetz:

I.

Das Gesetz über die Universität St.Gallen 26. Mai 1988² wird wie folgt geändert:

Regierung

Art. 7. ¹ Die Regierung beaufsichtigt die Universität.

² Ihr obliegen insbesondere:

- a) Erlass von Vorschriften über Besoldung und berufliche Vorsorge von Dozenten und Verwaltungspersonal;
- a^{bis}) Erlass von Vorschriften über die Beschränkung der Studentenzahl;
- b) ...
- c) Genehmigung des Universitätsstatuts, der Habilitationsvorschriften sowie der Satzungen der wissenschaftlichen Institute und Forschungsstellen;
- d) Genehmigung von Wahl und Entlassung des Rektors, der Prorektoren, der ordentlichen und ausserordentlichen Professoren sowie der Leiter der wissenschaftlichen Institute und Forschungsstellen;
- f) Erlass von Richtlinien über die Gewährung von Beiträgen an Institute aus dem allgemeinen Finanzhaushalt, wobei die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung zu berücksichtigen sind;
- g) Genehmigung der Gebührenordnung;
- h) Festlegung der Entschädigung des Universitätsrates.**

³ **Regierung und zuständiges Departement können im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die das Geschäft betreffenden Akten einsehen.**

Stellung, Zusammensetzung

Art. 8. ¹ Der Universitätsrat ist das oberste Organ der Universität.

¹ ABI 2014, 3150 ff.

² sGS 217.11.

² Er besteht aus:

- a) **der Vorsteherin oder dem Vorsteher des zuständigen Departementes als Präsidentin oder Präsident;**
- b) **zehn weiteren Mitgliedern. Mitglieder anderer Organe der Universität sind nicht wählbar.**

³ **Die Amtsdauer beträgt höchstens vier Jahre. Sie endet spätestens mit der Vollen-
dung des 70. Altersjahres. Im Übrigen konstituiert sich der Universitätsrat selbst.**

⁴ **Die Regierung kann Mitglieder des Universitätsrates bei Vorliegen eines ausreichen-
den sachlichen Grundes während der Amtsdauer abwählen. Art. 21 Abs. 2 Bst. b bis e des
Personalgesetzes vom 25. Januar 2011³ werden sachgemäss angewendet.**

II.

Dieser Erlass wird ab 1. Juni 2016 angewendet.

Der Präsident des Kantonsrates
Markus Straub

Der Staatssekretär
Canisius Braun

³ sGS 143.1.